



Mitgliederversammlung GRÜNE Stadt Zürich

Dienstag, 23. Januar 2024, 19:30 Uhr bis 22.00 Uhr
Photobastei Zürich

Anwesend: 62 Mitglieder

1. Begrüssung

Anna-Béatrice Schmaltz, Präsidentin GRÜNE Stadt Zürich, begrüsst alle Anwesenden zur ersten Mitgliederversammlung im Jahr 2024 und stellt die Traktanden vor. Die Traktandenliste bleibt unverändert. Das Wort wird an Benjamin Krähenmann, Co-Vizepräsident GRÜNE Stadt Zürich übergeben.

Benjamin Krähenmann berichtet über das aktuelle Weltgeschehen. Er betont, dass sowohl der Konflikt in der Ukraine als auch der Nahostkonflikt und der zunehmende Rechtsruck Anlass zur Sorge geben sollten. Gerade in der Stadt müssen wir eine solidarische Politik betreiben. Gemeinsam mit anderen Parteien müssen wir uns gegen den Rechtsruck und den aufkeimenden Faschismus einsetzen.

Benjamin Krähenmann informiert, dass er aufgrund neuer beruflicher Herausforderungen und seiner Verpflichtungen als Kantonsrat von seinem Amt als Co-Vizepräsident zurücktritt. Er betont, dass er die Zeit mit den Mitgliedern, der Geschäftsleitung, dem Vorstand und der Geschäftsstelle sehr geschätzt hat und freut sich darauf, weiterhin Teil der GRÜNEN zu bleiben und sich für eine grüne und gerechte Zukunft einzusetzen.

Anna-Béatrice Schmaltz bedankt sich bei Benjamin Krähenmann für die Zusammenarbeit. Die anwesenden Mitglieder würdigen seine engagierte Arbeit mit einem langanhaltenden und kräftigen Applaus.

2. Protokoll der MV vom 03. Oktober 2023

Das Protokoll vom 03. Oktober 2023 wird genehmigt und verdankt.

Stimmzähler*innen: Martina Erb und Leonora Seiler

3. Mitteilungen

Nationalrat: Bastien Girod

- Die Vorlage zur Stärkung der Kreislaufwirtschaft wurde im Parlament erneut aufgegriffen und ist nun in den letzten Zügen. Zu klären war insbesondere noch das Thema Foodwaste sowie Plastikverpackungen. Die GRÜNEN sind seit langem an diesem Thema dran und die Fraktion ist zuversichtlich, dass es nun mehrheitsfähig ist, um die Anliegen der Initiative «Grüne Wirtschaft» im Umweltschutzgesetz zu verankern.
- Ein anderes Thema war die parlamentarische Initiative von Franziska Ryser zum CO₂-Grenzausgleich. Die Vorlage sieht vor, dass die Grundlagen für ein Grenzausgleichssystem für CO₂-intensive Produkte gelegt werden. Wenn CO₂-intensive Güter wie Mineralien, Metalle, Erdöl, chemische Produkte und Holz aus dem Ausland importiert werden, soll ein CO₂-Preis an der Grenze erhoben werden. Denn nicht alle Länder erheben vergleichbare CO₂-Abgaben wie die Schweiz, was zu Wettbewerbsnachteilen für Schweizer Produzent*innen führen kann. Dieses Thema wird weiterhin im Parlament diskutiert und es wird eine Anhörung stattfinden.

- Das Referendum zum Mantelerlass ist zustande gekommen. Der Mantelerlass ist ein umfangreiches Gesetzespaket, das die Stromproduktion aus erneuerbaren Energien fördern und die Energieeffizienz verbessern soll. Es gibt eine unheilige Allianz zwischen Naturschützer und Kernenergiebefürworter*innen. Die Abstimmung wird uns in den kommenden Monaten beschäftigen.
- Im Parlament haben die bürgerlichen Parteien eine Vorlage durchgedrückt, um Mieter*innen in Zukunft einfacher aus ihrem Zuhause werfen zu können. Unterschriften für das Referendum werden gesammelt und es wird gute Chancen geben, dass es abgelehnt wird.
- Aufgrund der neuen Zusammensetzung im Parlament ist es umso wichtiger, aussenparlamentarische Arbeit zu leisten.

Kantonsrat: Jasmin Pokerschnig

- Der Alt-Kantonsrat, Robert Brunner, hat die Einzelinitiative «Schutz der Biodiversität nicht nur in Sonntagsreden» eingereicht für den Schutz von Vögeln. Die Initiative wurde erfreulicherweise vorläufig unterstützt.
- Der bürgerliche Regierungsrat legte dem Parlament ein Budgetentwurf vor mit Kürzungen in diversen Bereichen. Die Finanzallianz im Kantonsrat hat Vorstösse in Richtung Steueroptimierung eingereicht und der Antrag für eine Senkung des Steuerfusses um 1% fand Unterstützung. Für die GRÜNE Fraktion ist klar, dass dieses Geld für die Transformation zu einem klimafreundlichen und zukunftsfähigen Kanton Zürich fehlen wird.
- Die parlamentarische Initiative zur Möglichkeit von Stipendien ohne Wartefrist für vorläufig aufgenommene Ausländer*innen wurde am 15. Januar im Rat diskutiert. Der Kantonsrat stimmte dem Vorhaben zu, was ein grosser Erfolg für die Grünen und vorläufig Aufgenommene ist. Der Regierungsrat arbeitet nun an einem Gesetzesentwurf. Der Vorstoss wird vermutlich angenommen werden.
- Eine Motion der SP, welche die Forderung nach einer Lohnerhöhung für Pflegepersonal beinhaltet, wurde ebenfalls diskutiert und angenommen.
- Es geht endlich vorwärts bei der Windkraft. Die FDP, SVP und die Mitte verlangten in einer dringlichen Interpellation «Klarheit über das weitere Vorgehen beim Windradbau». Denn im Oktober 2023 hat der Kantonsrat mit solider Mehrheit eine Motion der GRÜNEN für den Ausbau von Windkraft überwiesen. Der GRÜNE Baudirektor Martin Neukom plante und klärte mögliche Standorte ab. Doch die SVP torpedierte mit mehreren Vorstössen die Windrad-Pläne. Martin Neukom war bei der Beantwortung der Interpellation souverän und erklärte, dass sich mit der «Energiestrategie 2050» die Bevölkerung klar für saubere Energiequellen ausgesprochen hat.
- Die Sitzung vom 30. Januar wird wichtig sein, da wir die Vorlage «klimaangepasste Siedlungsentwicklung» behandeln werden.

Gemeinderat: Selina Walgis

- Grundsätzlich war die GRÜNE Fraktion sehr zufrieden mit dem vorgestellten Budget. Besonders lobend erwähnt wurde das Wohnbaupaket sowie die geplanten Investitionen in Schulen mit Tagesschulen.
- Gleichzeitig wurden einige Änderungsvorschläge vorgebracht und diskutiert:
 - o Deutliche Aufstockung der Mittel für humanitäre Hilfe zugunsten von Menschen, die von Gewalt und Krisen betroffen sind.
 - o Ein Ausbau für dringend nötige Stellen im Bildungsbereich, um die Chancengerechtigkeit an Schulen zu fördern.
 - o Zusätzliche Mittel sollten für die Bepflanzung von Bäumen bereitgestellt werden, um dem Rückgang des Grünvolumens in der Stadt Zürich entgegenzuwirken.
- Die Grüne Fraktion lehnte die Senkung der Steuern konsequent ab und war erfolgreich in ihrem Bestreben, diese abzulehnen.
- Bei einer Vorlage zur Förderung von Photovoltaikanlagen wurde festgestellt, dass die vorgeschlagenen Massnahmen als zu wenig radikal betrachtet wurden und daher ablehnend zur Kenntnis genommen wurden.

Gemeinderat: Brigitte Fürer, die Einkommenslimite und Artikel 49b im Planungs- und Baugesetz

Die kantonale Stimmbevölkerung hat 2014 den Paragraphen 49b im Planungs- und Baugesetz angenommen. Seither können Gemeinden bei Auf- und Umzonungen von privaten Investor*innen einen Mindestanteil an preisgünstigem Wohnraum verlangen. Im Gemeinderat wurde diskutiert, wer den preisgünstigen Wohnraum erhalten soll, den die Stadt aufgrund des Paragraphen 49b bei Auf- und Umzonungen einfordern kann. Der Stadtrat sah dafür ähnliche Belegungs- und Einkommensbeschränkungen vor, wie sie bereits bei städtischen Wohnungen gelten. SP, AL und Grüne forderten die Streichung der Einkommensgrenze aus der Verordnung. Brigitte Fürer stellt nochmals klar, dass es sich weder um subventionierte Wohnungen noch um Genossenschaft handelt. Die Grüne Fraktion ist der Überzeugung, dass Private einen Anreiz haben müssen, preisgünstigen Wohnraum zur Verfügung zu stellen, ohne dass der bürokratische Aufwand durch Einkommenslimiten zu gross wird. Die Wohnsitzpflicht und die Mindestbelegung seien bereits wirksame Massnahmen, damit die preisgünstigen Wohnungen auch tatsächlich den richtigen Personen zugutekommen.

Junge Grüne: Linda Junz

Linda Junz stellt sich kurz vor und informiert, dass sie seit Herbst 2023 als Parteikoordinatorin tätig ist. Sie weist darauf hin, dass bei der nächsten Mitgliederversammlung Wahlen für den Vorstand und die Geschäftsleitung stattfinden werden. Nach den Wahlen sind wir sehr motiviert und streben an, die Zusammenarbeit mit der Kantonalpartei künftig zu stärken.

4. Parolenfassung der Abstimmungsvorlagen vom 3.3.2024

- *«Kein goldener Fallschirm»-Initiative*

Luca Maggi stellt die Volksinitiative der SVP «Kein goldener Fallschirm» vor sowie den Gegenvorschlag des Parlaments und der Regierung.

Die Bezeichnung «goldener Fallschirm» ist bewusst populistisch gewählt worden. Die Vorlage würde Stadträt*innen, Friedensrichter*innen, Kreisschulpräsident*innen oder Betriebsbeamtete betreffen. Gemäss der Initiative sollen Stadträt*innen, die freiwillig aus ihrem Amt ausscheiden, keine Abgangsentschädigung erhalten. Andere Behördenmitglieder sollen keine Abgangsentschädigung mehr bekommen. Eine Abgangsentschädigung wäre demnach nur vorgesehen, wenn eine Stadträtin oder ein Stadtrat nicht wiedergewählt wird.

Luca Maggi erläutert, dass die aktuelle Vorlage auf vorherige Ereignisse zurückgeht, wie zum Beispiel der Fall von Roberto Rodriguez, der für Aufsehen in den Medien gesorgt hat. Aus diesem Grund hat der Gemeinderat vor zwei Jahren reagiert und beschlossen, die Entschädigung für ausscheidende Behördenmitglieder von 4,8 Jahressalären auf höchstens 1,8 Jahressaläre zu begrenzen.

Die GRÜNEN vertreten die Ansicht, dass Behördenmitglieder, die sich freiwillig aus ihrem Amt zurückziehen, ebenfalls Anspruch auf eine Abgangsentschädigung haben sollten. Dies gilt insbesondere für politisch exponierte Stadträt*innen, für die eine angemessene Entschädigung für ihre Amtsführung sinnvoll ist. Die Einbeziehung freiwilliger Rücktritte gewährleistet, dass Regierungsmitglieder nicht allein aus finanziellen Gründen im Amt bleiben. Die anderen Behördenmitglieder sollen dem Personalrecht unterstellt werden. Dort sollen die gleichen Bedingungen gelten wie für die anderen städtischen Mitarbeiter. Dies gewährleistet ihnen Rechtssicherheit beim Ausscheiden aus ihrem Amt.

Wir sind der Meinung, dass wir keine Rechtsungleichheiten wollen und empfehlen daher ein NEIN zur Initiative und ein JA zum Gegenvorschlag.

- Gegenvorschlag: Einschränkung vom Geltungsbereich der Verordnung auf Stadträt*innen und separate Regelung für die anderen Behördenmitglieder im Personalrecht.
- Initiative: Einschränkung vom Geltungsbereich der Verordnung auf Stadträt*innen nur bei unfreiwilligem Abgang und maximal einen Jahreslohn.

→ Die Initiative wird mit 0 Ja-Stimmen und 0 Enthaltungen von der Mitgliederversammlung einstimmig abgelehnt.

→ Der Gegenvorschlag wird mit 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen von der Mitgliederversammlung einstimmig angenommen

- «Mythenpark»-Initiative

Markus Knauss stellt die Mythenpark-Initiative vor. Die Parole wird bei der Mitgliederversammlung gefasst, da es im Vorstand zu vielen Enthaltungen kam.

Die Volksinitiative der IG Seepärke fordert die Schaffung eines grossen, zusammenhängenden öffentlich zugänglichen Parks zwischen dem Strandbad Mythenquai und dem General-Guisan-Quai auf der linken Seite des Seeufers. Zwei Argumente werden dabei besonders hervorgehoben: die Reduzierung von Strassen und die Aufhebung des Mythenquais.

Der Mythenquai ist eine stark befahrene Strasse. Voraussetzung für das Projekt ist daher, dass der Verkehr umgeleitet wird. Geplant ist, den Verkehr auf die Alfred-Escher-Strasse ins Wohnquartier zu verlagern und hinter den Gebäuden der Zurich-Versicherungen und der Swiss Re fließen zu lassen. Das Komitee hofft, dass sich durch diese Massnahme der Verkehr verringert.

Der Stadtrat betrachtet sowohl die Verlagerung des Verkehrs als auch die Annahme zur Reduzierung des Verkehrs als unrealistisch. Aus Sicht des Stadtrats ist die einzige realistische Option zur Umsetzung der Initiative, den Mythenquai unter die Erde zu verlegen und einen Tunnel zu bauen. Andernfalls wird das Projekt nicht beim Kanton durchkommen. Eine Verlegung des Mythenquais in den Untergrund wäre jedoch kostspielig.

Die Politik hat in den letzten Jahren viel erreicht. Die Forderung der Initiative nach mehr grünem Freiraum am See wird mit den geplanten Projekten bereits umgesetzt und deshalb braucht es sie nicht. Auf der linken Seite des Sees gibt es bereits mehrere Grünanlagen, und Parkplätze werden kontinuierlich abgebaut. Es wurde eine Vereinbarung mit Swiss Re getroffen, wonach sie öffentliche Parkplätze in ihrer Tiefgarage zur Verfügung stellt, damit der Hafen Enge zu einem Park umgestaltet werden kann. Ebenso werden bei der Sukkulente-Sammlung Parkplätze entfernt, um mehr Grünflächen zu schaffen.

Die Initiative könnte zu einem unübersichtlichen Planungschaos führen, ähnlich wie es bei der Langstrasse der Fall war.

Aus diesen Gründen empfehlen wir ein NEIN zur Volksinitiative.

→ Die Initiative wird mit 7 Enthaltungen von der Mitgliederversammlung einstimmig abgelehnt.

- Anti-Chaoten Initiative

Luca Maggi stellt die Initiative vor. Die Anti-Chaoten-Initiative der Jungen SVP fordert, dass die Kosten für Polizeieinsätze auch dann auf die Demonstrant*innen übertragen werden können, wenn ihnen keine Straftaten nachgewiesen werden können. Zudem soll für Demonstrationen generell eine Bewilligungspflicht gelten. Im Gegensatz dazu verlangt der Gegenvorschlag, dass Kosten für Polizeieinsätze nur auf diejenigen Personen abgewälzt werden können, die vorsätzlich gehandelt haben. Für die GRÜNEN ist klar, dass die Annahme der Anti-Chaoten Initiative das demokratische Grundrecht auf Demonstrationen aushöhlt. Denn aus Angst vor den hohen Kosten

könnten viele Menschen darauf verzichten, auf die Strasse zu gehen und friedlich für ihre Anliegen zu demonstrieren.

5. Fachinput: Integrative Schule

Helena Krähenmann, der Dozentin in der Professur für Inklusive Didaktik und Heterogenität an der FHNW hält einen Fachinput zum Thema «Integrative Schule». Helena Krähenmann berichtet, dass der Druck auf die integrative Schule wächst und bürgerliche Politiker*innen dieses Konzept vermehrt öffentlich in Frage stellen. Inklusive Bildung sei ein wichtiger Pfeiler für mehr Chancengerechtigkeit an Schulen, da alle Menschen die gleichen Möglichkeiten offenstehen sollen. Auch in der UNO-Behindertenrechtskonvention ist verankert, dass Lernende mit Beeinträchtigung nicht von der Grundschule oder weiterführende Schulen ausgeschlossen werden sollen. Durch die integrative Bildung wird nicht nur die Chancengerechtigkeit und der Abbau von Teilhabe-Barrieren gefördert, sondern auch eine Offenheit gegenüber menschlicher Vielfalt und der Bedeutung des gemeinsamen Lernens. Es gibt zahlreiche Analysen, die aufzeigen, dass Kinder mit Beeinträchtigungen besser gefördert werden in Regelschulen. Gerade aus diesen Gründen ist es wichtig, dass sich die GRÜNEN für die integrativen Schulen einsetzen.

6. Basis-Kampagne

Eticus Rozas, Co-Vizepräsident GRÜNE Stadt Zürich, stellt die städtische Basis-Kampagne "Wir machen Zukunft" vor. Das Sujet der Kampagne soll verdeutlichen, dass die GRÜNEN aktiv an der Gestaltung der Zukunft teilhaben wollen.

Eticus Rozas betont die Notwendigkeit, auch in den Zwischenjahren aktiv zu sein, um die politische Präsenz zu stärken. Trotz der Herausforderungen im vergangenen Jahr 2023, in dem die Themenvielfalt abnahm, konnten bedeutende parlamentarische Erfolge erzielt werden. Dennoch werden die GRÜNEN oft nicht als Lösungspartei wahrgenommen. Ziel ist es daher, die klimagerechte und solidarische Politik zu stärken und die Sitze im Gemeinderat mindestens zu verteidigen. Es geht um unsere Zukunft.

Die Kampagne wird von der Mitgliederbasis getragen. Es soll eine Kerngruppe mit Mitgliedern gebildet werden, um die vorhandenen Ressourcen effektiv zu nutzen. Zudem sollen Politiker*innen aus allen Fraktionen mobilisiert werden. Ein Talent- und Aktivistenpool soll geschaffen werden, um die Kampagne breit aufzustellen. Die Arbeit erfolgt basisdemokratisch, wobei Themen auf Mitgliederversammlungen präsentiert und diskutiert werden. Dabei sollen beispielsweise Initiativen eingereicht werden oder Veranstaltungen organisiert werden.

Interessierte können sich am 9. und 10. März für den Kick-Start der Kampagne anmelden.

7. Statutenänderung

Die Statuten sollen folgendermassen geändert werden:

Mitgliedschaft

[...]

Die Mitgliedschaft erlischt bei Nichtbezahlung des Mitgliederbeitrags während 30 Monaten.

[...]

Mitgliedschaft, Vorschlag

[...]

Die Mitgliedschaft erlischt bei Nichtbezahlung des Mitgliederbeitrags während 12 Monaten.

[...]

→ Die Statutenänderung zur Mitgliedschaft wird bei einer Nein-Stimme und drei Enthaltungen angenommen.

Personalkommission

[...]

Die Personalkommission schlägt insbesondere die Kandidat*innen für alle Bezirksbehörden zuhänden des Vorstandes vor. Sie besteht aus drei bis fünf Mitgliedern. Die Wahl der Mitglieder erfolgt auf zwei Jahre: Wiederwahl ist möglich. Die Personalkommission konstituiert sich selbst.

[...]

Personalkommission, Vorschlag

[...]

Die Personalkommission schlägt insbesondere die Kandidierenden für alle Bezirksbehörden zuhänden des Vorstandes vor. Sie besteht aus drei bis fünf Mitgliedern sowie einer Vertretung aus dem Präsidium. In der Personalkommission sind zwei grüne Mitglieder der Justizbehörde vertreten. Die Wahl der Mitglieder erfolgt auf zwei Jahre: Wiederwahl ist möglich. Die Personalkommission konstituiert sich selbst.

[...]

→ Die Statutenänderung zur Personalkommission wird bei zwei Enthaltungen angenommen.

8. Wahlen

Ersatzwahlen Vorstand

Elena Fasoli (Vertretung Junge Grüne zusammen mit Martin Busekros) und Simone Widmer stellen sich kurz vor.

→ Elena Fasoli und Simone Widmer werden von der MV per Akklamation gewählt.

Ersatzwahlen Präsidium

Neu wird ein Co-Präsidium mit Anna-Béatrice Schmaltz und Eticus Rozas gebildet. An der Zusammenarbeit ändert sich nichts.

→ Eticus Rozas wird von der MV per Akklamation ins Präsidium gewählt.

9. Varia

Die nationalen, kantonalen und städtischen Abstimmungen vom 3. März stehen bevor, und in den Kreisparteien werden Stände organisiert, um Flyer zu verteilen.

Die nächste Mitgliederversammlung findet am 16. April 2024 um 19:30 Uhr in der Photobastei statt.

Protokoll: Margrit Tountova